

Die Stadtverordnetenvorsteherin
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
Rathaus, Schloßplatz 6, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738 Telefax (0611) 31-3902
e-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
SachbearbeiterIn: Frau Koba
e-mail: astrid.koba@wiesbaden.de

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 2/6/2004 9:10:00 AM

EINLADUNG

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 12.02.2004, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Fragestunde

2. Mitteilungen

3. **03-V-20-0200**

DL 05/04-2

Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden für die Jahre 2004/2005 nebst Haushaltsplan mit Anlagen durch Herrn Stadtkämmerer Dr. Müller
- 1. Lesung -

ANLAGE

4. **04-F-24-0001**

Wiesbadener Beschäftigungspolitik sichern - kommunale Haushalte nachhaltig entlasten
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis
90/Die Grünen vom 05.02.2004 -

Seite 2 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2004

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung kritisiert, dass die Beschlüsse im Vermittlungsausschuss zum Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz IV) vom Dezember 2003 die Landeshauptstadt Wiesbaden ab 2005 nach einer ersten Schätzung mit jährlich zwischen 4 und 10 Millionen Euro mehr belasten werden.
2. Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss vom 14.08.2003, wonach die Stadt jede sinnvolle Form einer Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe unterstützt. Die setzt allerdings voraus, dass im Rahmen dieser Reform (Hartz IV)
 - eine wirkliche finanzielle Entlastung der Kommunen eintritt;
 - die kommunale Kompetenz bei örtlichen Maßnahmen zur Beschäftigung weiter genutzt und gefördert und
 - jeder Anreiz vermieden wird, finanzielle Lasten der Arbeitslosigkeit auf die Träger der Sozialhilfe zu verschieben.

Diese Vorgaben sind in dem noch ausstehenden Bundesgesetz zur Umsetzung der Hartz-IV-Reform unbedingt zu beachten.

3. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest: Der jetzt beschlossene Kompromiss im Vermittlungsausschuss zum Hartz-IV-Gesetz entspricht diesen Anforderungen nicht. Sie bedürfen deshalb dringend der Überarbeitung im oben beschriebenen Sinne. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Deutschen Städtetag nachdrücklich dazu auf, sich in diesem Sinne einzusetzen, und damit seiner Aufgabe als Interessenvertretung aller Kommunen gerecht zu werden.
4. Die Stadtverordnetenversammlung weist darauf hin, dass das bisher von der Kommune ausgezahlte Wohngeld zu 50 Prozent vom jeweiligen Bundesland und zu 50 Prozent vom Bund finanziert wurde, und dass diese Finanzierung durch Hartz IV weggefallen ist. Der Magistrat wird deshalb gebeten, sich gegenüber der Hessischen Landesregierung für eine Ausgleichsregelung einzusetzen, bei der Wiesbaden hinsichtlich des bisherigen Landesanteils zumindest nicht schlechter gestellt ist als vorher. Zugleich wird der Magistrat gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Land sich über den Bundesrat für eine entsprechende Regelung hinsichtlich des Bundesanteils bei der bisherigen Wohngeldfinanzierung einsetzt.

5. **04-F-24-0002**

Sparkassenversicherung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.02.2004 -

Der Ältestenausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, alles in seiner Macht stehende zu tun, um den Erhalt der durch Fusionspläne in Frage gestellten Arbeitsplätze der Sparkassenversicherung in Wiesbaden zu sichern. Unter anderem wird der Magistrat gebeten, die bereits angelaufene Unterschriftenaktion zum Verbleib der Sparkassenversicherung in Wiesbaden durch Auslage der Unterschriftenliste im Rathaus zu unterstützen.

Seite 3 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2004

2. Der Magistrat wird insbesondere gebeten, alles zu tun, damit das Geschäftsgebiet Rheinland-Pfalz bei der Sparkassenversicherung verbleibt. Der Magistrat möge sich zu diesem Zweck bei den Ministerpräsidenten der Bundesländer Hessen und Rheinland-Pfalz dafür einzusetzen, dass die gesetzlichen Regelungen zum Geschäftsgebiet der öffentlichen Versicherer diesbezüglich nicht verändert werden.
3. Die Vertreter der Stadt in den Gremien der Sparkassenversicherung werden gebeten, einer Fusion der Sparkassenversicherung Hessen-Nassau-Thüringen mit der Sparkassenversicherung Baden-Württemberg nicht zuzustimmen, bevor ein tragfähiges Geschäftskonzept vorliegt, das deutlich macht, warum eine Fusion im Interesse der hessischen Sparkassenorganisation liegt. Für den Fall, dass es zu einer Fusion kommt, wird der Oberbürgermeister gebeten, in den Gremien darauf hinzuwirken, dass ein Konsortialvertrag abgeschlossen wird, wonach der bereits für Wiesbaden zugesicherte Vorstandssitz sowie die Anzahl der Stellen nicht ohne Zustimmung Wiesbadens verändert werden darf.

6. 04-F-05-0001

Wohnungsamt

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 11.12.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

1. Das Wohnungsamt der Stadt Wiesbaden wird aufgelöst.
2. Es gelten folgende Ausnahmeregelungen:
 - a. Das Sachgebiet „Wohnungsaufsicht / Mietpreisüberwachung“ der Abteilung Wohnraumerhaltung (69130), sowie die Abteilungen Notfallhilfen (690122) und Fehlbelegungsabgabe (690140) werden in das Amt für Soziale Arbeit integriert. Wohnbauförderung und Stadtsanierung (6902) werden dem Stadtplanungsamt zugeordnet.
 - b. Die Sachgebiete „Grundsatzaufgaben, Ordnungswidrigkeitsverfahren bei Zweckentfremdung von Wohnraum“ sowie „Zweckentfremdungsverstöße und Zweckentfremdungsgenehmigungsverfahren“ der Abteilung Wohnraumerhaltung (69130) werden an das Ordnungsamt angegliedert.
 - c. Die Abteilung zur Verwaltung von Bürgerhäusern (690110) wird in das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften integriert.

7. 04-F-20-0002

Schulentwicklungsplan

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 04.02.2004

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Seite 4 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2004

1. Um bezüglich der fachlichen Grundlagen der derzeit gegebenen Genehmigungshindernisse für den von der Stadtverordnetenversammlung am 16. Oktober 2003 beschlossenen Entwurf des Schulentwicklungsplanes die gebotene Transparenz herzustellen, wird der Magistrat gebeten, sich beim Hessischen Kultusministerium dafür zu verwenden, dass die interne Stellungnahme des staatlichen Schulamtes vom 17. Dezember 2003 den politisch Verantwortlichen in Wiesbaden auch offiziell zur Kenntnis gebracht wird.
2. Der Magistrat wird aufgefordert, den von der Stadtverordnetenversammlung am 16. Oktober 2003 beschlossenen Entwurf für den Schulentwicklungsplan unverzüglich zurückzuziehen, um den Weg für seine rasche Überarbeitung freizumachen.
3. Um die Stadtverordnetenversammlung in die Lage zu versetzen, möglichst zügig über tragfähige Regelungsalternativen beraten zu können, wird der Magistrat gebeten, darzustellen,
 - wie der Nachweis eines ausreichenden Angebotes an Plätzen in Integrierten Gesamtschulen in Wiesbaden und AKK erfolgen soll,
 - welcher der beiden Standorte Gerhart-Hauptmann-Realschule und Heinrich-von-Kleist-Schule sich für die Verwirklichung einer Innenstadt-IGS am besten eignet,
 - welche alternative Perspektiven sich für die bisher als „Reformschulen“ vorgesehenen Schulen (Gustav-Stresemann-Schule und Gerhart-Hauptmann-Realschule) eröffnen,
 - wie sich das Gymnasialangebot bei einem schrittweisen Abbau des Gerhart-Hauptmann-Gymnasium (ohne dessen Zusammenführung mit der Dilthey-Schule) entwickelt.
4. Der Magistrat wird gebeten rechtzeitig vor dem Anmeldeschluss für die weiterführenden Schulen am 20. März 2004 öffentlich Klarheit darüber herzustellen, welche Wiesbadener Schulen in Zukunft welches Angebot unterbreiten, damit die Eltern wissen, auf welcher Grundlage und mit welchen Zukunftsperspektiven sie ihre Kinder an den Schulen anmelden.

8. 04-F-04-0002

Konzept gegen Ladensterben und Verödung der Innenstadt
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 04.02.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept gegen das fortschreitende Ladensterben und die damit verbundene Verödung der Innenstadt zu erarbeiten. Das Konzept ist der Stadtverordnetenversammlung vor Verabschiedung des Haushaltes zur Entscheidung vorzulegen.

9. 04-F-06-0001

Einrichtung von Integrierten Gesamtschulen
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 04.02.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es sind unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, dass - beginnend mit den fünften Klassen - an der Gustav-Stresemann-Schule in Mainz-Kastel die Förderstufe durch eine Integrierte Gesamtschule ersetzt sowie Heinrich-von-Kleist-Schule und/oder Gerhart-Hauptmann-Realschule

Seite 5 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2004

in Integrierte Gesamtschulen umgewandelt werden.

10. 03-F-01-0036

Fortsetzung der Verwaltungsreform
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 30.06.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten

1. Ob die im Reformprozess WiWa I und WiWA II erzielten Ergebnisse dokumentiert werden sollen:
2. Wie die bereits erarbeiteten und umgesetzten Ergebnisse des Reformprozesses WiWa I und WiWa II inhaltlich und organisatorisch gesichert werden sollen:
Dies gilt insbesondere für die Steuerung der Amtsgeschäfte über Jahresprogramme, die Ergebnisse der Phase 1 der Einführung eines Strategischen Managements, die existierenden Bausteine der Personalentwicklung sowie für neue Kooperationsformen wie Projekt- und Teamarbeit, Führungskonferenzen, Amtsleiterplenum usw.
3. Wie die noch ausstehenden Reformergebnisse erarbeitet werden sollen, beispielsweise die noch fehlenden Bausteine der Personalentwicklung, wie Führungsgrundsätze und Mitarbeitergespräch.
4. Warum die drei letzten Sitzungen der Kommission für Verwaltungsreform ausgefallen sind, und wann die nächste Sitzung der Kommission für Verwaltungsreform nun tatsächlich stattfindet?
5. Ob die so genannte verwaltungsinterne Koordinierungsgruppe weiter arbeiten soll, wenn ja mit welchen Aufgaben.
6. Ob und mit welchen Inhalten und in welcher Organisationsform die Verwaltungsreform fortgesetzt werden soll.
7. Ob und wie die Einführung des Strategischen Managements erfolgen soll.
8. Ob das Projekt "Steuerung, Steuerungsunterstützung und Controlling" im Personalbereich gestartet werden soll, und falls nicht, welches alternative Vorgehen angedacht ist.
9. Wie die bisher erzielten Ergebnisse der Reform für einen Umbau der Verwaltung und die Sanierung des Haushalts genutzt werden sollen.
10. Welche aktuellen Aufgaben die Stabsstelle für Verwaltungsreform hat.

11. 03-F-06-0012

Umstrukturierung der Ortsverwaltungen
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 16.09.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung erwartet vom Magistrat vor Beschlussfassung in der

Seite 6 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2004

Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über die zu erwartenden Auswirkungen der geplanten Umstrukturierung der Ortverwaltungen.

Dieser Bericht soll insbesondere auch folgende Fragen beantworten:

Welche Auswirkungen hat die geplante Umstrukturierung der Ortsverwaltungen auf

die Arbeitsbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inkl. dienstlich bedingter Fahrtzeiten) und

die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Ortsbezirke

sowie auf die Arbeitsmarkt- und Ausbildungsplatzsituation im Verwaltungsbereich?

ANLAGE

12. 03-F-01-0067

Besetzung von Amtsleiterstellen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Wir bitten den Magistrat zu berichten,

- ob es Verfahrensrichtlinien zur Besetzung von Amtsleiterstellen gibt,
- ob es seit 1999 eine Überarbeitung gegeben hat

und uns ggf. diese zur Kenntnis zu geben.

13. 03-F-04-0007

Umbenennung der Karl-Marx-Straße

- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.10.2003

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Karl-Marx-Straße wird umbenannt. Der Name Karl Marx steht für eine totalitäre Ideologie der Millionen von Menschen zum Opfer gefallen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat nach Anhörung des Ortsbeirates hinsichtlich geeigneter Alternativnamen eine Vorlage zur Umsetzung der Umbenennung zu erarbeiten.

14. 03-F-04-0008

Seite 7 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2004

Umbenennung der Martin-Niemöller-Schule
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

Die Martin-Niemöller-Schule wird umbenannt.
Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt daher den Magistrat nach Anhörung des Ortsbeirates und der Schulkonferenz hinsichtlich geeigneter Alternativnamen eine Vorlage zur Umsetzung der Umbenennung zu erarbeiten.

15. 03-F-06-0015

Freigabe des Geländes "Kastel Storage Station" (ehem. "AFEX-Gelände") in Mainz-Kastel
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 08.10.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat möge berichten, welche konkreten Maßnahmen zur Umsetzung des Beschlusses 0128 der Stadtverordnetenversammlung vom 14. März 2002 ergriffen wurden, der vorsieht, dass sich die Landeshauptstadt Wiesbaden um Verhandlungen der Bundesregierung zur Freigabe des etwa 21 Hektar großen US-Militärgeländes "Kastel Storage Station" (ehem. "AFEX-Gelände") im Zentrum von Mainz-Kastel bemüht.

Die vom Ortsbeirat Mainz-Kastel einstimmig befürwortete Planungsstudie "Stadtpark Kastel-Mitte" soll in diesem Zusammenhang zur Grundlage einer Bebauungsplanung gemacht werden.

16. 03-F-06-0018

Veröffentlichungen Amtlicher Bekanntmachungen
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers Linke Liste vom 17.11.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss 0473 des Magistrats vom 27.5.2003 wird ausgesetzt.
Die Hauptsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden vom Stand 22. Juli 1974, §5, Absatz 1, Satz 1 wird wie folgt ergänzt:
".... Wiesbadener Kurier, Wiesbadener Tagblatt und - soweit sie Angelegenheiten der AKK-Ortsbezirke (Mainz-Amöneburg, Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim) betreffen - Allgemeine Zeitung Mainz (Rhein-Main-Anzeiger) und Mainzer Rheinzeitung."

17. 03-F-01-0078

Rampe am ehemaligen Schlachthofgelände

Seite 8 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2004

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.11.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

mit der Umgestaltung der alten Viehverladerampe auf dem ehemaligen Schlachthofgelände zu einer würdigen Gedenkstätte umgehend zu beginnen.

18. 03-F-03-0082

Verschlechterung im Fernverkehrsangebot der Deutschen Bahn AG

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 03.12.2003 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass

- es durch den Fahrplanwechsel der Deutschen Bahn AG zum 15. Dezember 2003 zu einer massiven Verschlechterung des Fernverkehrsangebots mit Intercity-Zügen in Richtung der nordbayerischen Wirtschaftsräume (Aschaffenburg, Würzburg, Nürnberg) kommt.
- sie einen Rückgang des Fernverkehrsangebots der Deutschen Bahn für die Landeshauptstadt Wiesbaden ablehnt.

Der Magistrat wird daher gebeten,

- umgehend bei der Deutschen Bahn AG darauf hinzuwirken, dass die Fernverkehrsverbindungen für die Landeshauptstadt Wiesbaden zum anstehenden Fahrplanwechsel zumindest auf dem bisherigen Niveau gehalten bzw. verbessert werden.

19. 04-F-05-0002

Ausschuss Kreistag Rheingau-Taunus

- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 22.01.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen,

es wird ein gemeinsamer Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden mit dem Kreistag des Rheingau-Taunus Kreises eingerichtet.

Der Ausschuss soll der besseren Abstimmung der Zusammenarbeit beider nachbarschaftlicher Regionen dienen. Über die genaue Ausformung der Vorgehensweise, wie zum Beispiel die Häufigkeit der Zusammentreffen, wird nach Zustandekommen einer entsprechenden Einigung mit dem Kreistag, in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Ältestenausschüsse beraten.

20. 04-F-01-0007

Planungsbereich Mainzer Straße / Multiplexkino

Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 03.02.2004

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- einen Sachstandsbericht zum Planungsbereich Mainzer Straße / ehemaliges Schlachthofgelände zu geben, und insbesondere darzulegen, wann mit einer Baugenehmigung für das dort vorgesehene Multiplex-Kino zu rechnen ist.

21. 04-F-04-0001

Antrag auf Einsetzung eines Akteneinsichtsausschusses gem. § 50 II HGO bezüglich Abrechnung der "Kunstsommer 2002 und 2003"
- Antrag des Fraktionsstatusinhabers DIE REPUBLIKANER vom 04.02.2004 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet, der Einsicht in alle Akten nimmt, die mit der finanziellen Abwicklung der sogenannten Kunstsommer 2002 und 2003 in Zusammenhang stehen.

Tagesordnung II

1. 03-F-03-0030

DL 03/04-1

Stadtbildsatzung
- Beschluss des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 03.02.2004 -

2. 03-F-03-0077

DL 03/04-3

Veröffentlichung der Trinkwasserwerte im Internet
- Beschluss des Gesundheitsausschusses und des Ausschusses für Umwelt und Sauberkeit vom 27.01.2004 -

3. 03-V-01-0001

DL 01/04-1, 31/03-1

Bürgerbeirat Wiesbaden; Kenntnisnahme von den Niederschriften über die 30., 31. und 32. Sitzung

4. 03-V-02-0003

DL 32/03-1

Haushalt 2004/2005; hier Aufteilung des SNB

5. **03-V-05-0009** **DL 31/03-3**
Ergebnisse von WiWa und Ziele der Fortsetzung der Reform
6. **03-V-08-0036** **DL 32/03-2**
Ganztägig arbeitende Schulen in Wiesbaden; Neueinrichtung von Angeboten als Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes; Beantragung von Maßnahmen beim Hess. Kultusministerium mit Unterstützung durch Bundesmittel im Rahmen des Investitionsprogrammes "Zukunft, Bildung und Betreuung" 2003 - 2007
7. **03-V-08-0037** **DL 31/03-4**
Gerhart-Hauptmann-Schule (Realschule);
Festlegung der Schule als fünfzügige Schule der Sekundarstufe I; Auswirkungen auf das Sanierungsprogramm
8. **03-V-08-0040** **DL 32/03-3**
Ganztägig arbeitende Schulen nach § 15 Hess. Schulgesetz;
Beschluss des Magistrats Nr. 1089 vom 18.11.03, Beschlusspos. 3
9. **03-V-11-7005** **DL 02/04-1, 31/03-5**
Entscheidung des Magistrats über erweiterte Zugriffsrechte von Stadtverordneten in WinKosi/Info und über den Datenschutz
10. **03-V-20-0054** **DL 31/03-6**
Quartalscontrolling-Bericht 03/2003 Projekt inteR
11. **03-V-20-0057** **DL 28/03-7**
Übersicht der durch den Magistrat bis 30.09.2003 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
12. **03-V-20-0062** **DL 31/03-7**
Suche eines strategischen Partners zur Erstellung von lokalen Busdienstleistungen in Wiesbaden (WiBus-Projekt); Sachstandsbericht

13. **03-V-20-0064** **DL 32/03-4**
Energiekosten 2003
14. **03-V-21-0002** **DL 01/04-2**
Einführung eines DV-Verfahrens für die Vollstreckung öffentlicher Forderungen
15. **03-V-36-0031** **DL 32/03-7**
Luftschadstoff- und Lärmbelastung im Bereich der Wiesbadener Außenbezirke auf Grundlage der 22. BIMSchV und des § 47 a BIMSchG; Lärminderungsplanung 2002/2003
16. **03-V-36-0039** **DL 32/03-10**
Verteilung der Mittel aus der Tronc-Abgabe für den Bereich Umwelt; 2. Teilvergabe
17. **03-V-36-0048** **DL 01/04-3**
Nutzung von Dächern städtischer Liegenschaften für private Photovoltaikanlagen;
Bericht zu Punkt 3 und 4 des Magistratsbeschluss Nr. 0723 vom 12.08.2003
18. **03-V-36-0049** **DL 01/04-4**
Potenziale zur CO₂- Minderung
19. **03-V-37-0003** **DL 32/03-11**
Vorabfreigabe von Haushaltsmitteln
20. **03-V-41-0020** **DL 31/03-10**
Abschlussbericht Kunstsommer 2002
21. **03-V-41-0033** **DL 31/03-11**
Fortführung des Kult-Tickets in 2004/2005
22. **03-V-41-0038** **DL 04/04-1**

Vorabfreigabe 2004 Bereich Kultur

- 23. 03-V-41-0041 DL 04/04-2**
Programm und Finanzierung IMF 2004
- 24. 03-V-51-0046 DL 02/04-2, 32/03-12**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln
- 25. 03-V-51-0047 DL 32/03-13**
Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln für das Rechnungsjahr 2004
- 26. 03-V-51-0051 DL 32/03-14**
Bereitstellung von ÜPL-Mittel i. H. v. 325.000 Euro für HHST: 1.4313.530100.6 "Mieten und Pachten"
- 27. 03-V-51-0052 DL 32/03-15**
Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung in Wiesbaden
- 28. 03-V-51-0055 DL 32/03-16**
Sozialhilfe-Geschäftsstatistik 3. Quartal 2003
- 29. 03-V-51-0061 DL 32/03-17**
Programm Wege zur Berufsbildung für Alle; Vorzeitige Freigabe von Haushaltsmitteln
- 30. 03-V-52-0016 DL 04/04-3, 03/04-5**
Sportentwicklungsplanung für die Landeshauptstadt Wiesbaden
- 31. 03-V-53-0002 DL 31/03-13**

Schaffung einer Stelle "Ärztliche Leitung Rettungsdienst"

- 32. 03-V-64-0008 DL 04/04-4, 01/04-5**
Generalsanierung der Diltheyschule; 2. Abschnitt der Sanierungsarbeiten
- 33. 03-V-64-0013 DL 02/04-3**
Solaranlagen für Einrichtungen des Sportamtes
(Sporthalle Schelmengraben und Freibad Kleinfeldchen)
- 34. 03-V-64-0014 DL 31/03-16**
Erneuerung von Heizkesselanlagen in Sportanlagen:
Stadion Berliner Straße, Sportplatz Rheinhöhe und Sportplatz Kleinfeldchen
- 35. 03-V-66-0218 DL 32/03-3**
Straße "Mainufer" in Mainz-Kostheim; Entwidmung einer Teilfläche
- 36. 03-V-66-0313 DL 27/03-8**
Kaiser-Friedrich-Platz; Kostenerhöhung
- ANLAGE**
- 37. 03-V-66-0315 DL 04/04-5, 31/03-18**
Theodor-Heuss-Brücke in Mainz-Kastel - Bereinigung der Finanzierung
- 38. 03-V-66-0320 DL 32/03-19**
Hauptstraße in Mainz-Kostheim; Anbindung an die B 40 und Errichtung einer
Fußgängerüberführung Steinern-Kreuz-Weg als Maßnahme zur Beseitigung des
Bahnüberganges Posten 32 /- Sachstandsbericht -, - Anmeldung von Mehrkosten -
- 39. 03-V-67-0009 DL 02/04-4**

Fasanerie, Sanierung und Umbau Sozialgebäude

- 40. 03-V-67-0013 DL 31/03-19**
Umgestaltung Langenbeckplatz; Bau einer Kinderspielplatzes
ANLAGE
- 41. 04-V-67-0001 DL 32/03-22**
Umgestaltung Langenbeckplatz; Bau eines Kinderspielplatzes
ANLAGE
- 42. 03-V-80-8017 DL 31/03-21**
Personalkostenzuschuss für Rhein Main Communication Netzwerk e.V.
- 43. 03-V-80-8022 DL 32/03-20**
Zuschuss für Berufswege für Frauen e. V.
ANLAGE
- 44. 03-V-80-8023 DL 32/03-21**
Förderung EXINA 2004
- 45. 04-V-33-0001 DL 02/04-5**
Integrationskonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden
- 46. 04-V-67-0005 DL 04/04-7**
Fasanerie, Genehmigung des Erbbaurechts- und Sanierungsvertrages für das Hofgut Fasanerie
- 47. 04-V-70-0003 DL 02/04-6**
Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die ELW für das Geschäftsjahr 2003

48. 04-V-70-0004

DL 03/04-9

Wirtschaftsplan 2004 und Mittelfristplanung 2005 - 2007 der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

49. 04-F-24-0001

DL 04/04-6

Bestätigung des gemeinsamen Beschlusses des Ältestenausschusses und des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung vom 21.01.2004 zum geplanten Teilabzug des Bundeskriminalamtes aus Wiesbaden

ANLAGE

Tagesordnung III

1. 03-V-52-0015

DL 32/03-18

Eintrittspreise in den Frei- und Hallenbädern des Sportamtes

2. 03-V-53-0704

DL 31/03-14

Rahmenkonzept für ein Standard-Raumuntersuchungsprogramm in Kindertagesstätten und Schulen (SUKS)

3. 03-V-61-0036

DL 31/03-15

Bebauungsplan "Moltkering-Nordteil - 1. Änderung -" in Wiesbaden
- Beschluss über die Anregungen und Satzungsbeschluss -

4. 03-V-61-0054

DL 03/04-6

Bebauungsplanentwurf "Bornberg/Schlink" in Wiesbaden-Sonnenberg;
- Änderungsbeschluss und - Beschluss über die öffentliche Auslegung

5. 03-V-66-0213

DL 31/03-17

Sportplatz Wiesbaden-Kloppenheim; Erweiterung der Stellplatz-Anlage

6. **04-V-70-0001** **DL 03/04-8**

Änderung der Abfallwirtschafts- und Gebührensatzung

Tagesordnung IV

1. **03-V-11-1035** **DL 32/03-1 NÖ**

Einrichtung einer/eines Antikorruptionsbeauftragten

2. **03-V-11-5023**

Vorläufige Haushaltsführung;
Durchführung von Beschäftigungsmaßnahmen im städtischen Bereich im Doppelhaushalt
2004/2005

ANLAGE

3. **03-V-20-0059** **DL 31/03-1 NÖ**

Kredit Nr. 1670 - Aufnahme eines Darlehens mit verkürzter Ansparzeit aus Mitteln des
Hessischen Investitionsfonds B in Höhe von 1.694.000,00 EUR

4. **03-V-20-0065** **DL 32/03-2 NÖ**

Kapitalausstattung der Alten- und Pflegeheim AKK gGmbH zur Abwendung eines
Insolvenzverfahrens

5. **03-V-20-0066** **DL 01/04-1 NÖ**

Bürgschaft Nr. 516 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft über 36.800.000,00
EUR zugunsten der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden m.b.H.
(GeWeGe)

6. **03-V-41-0040** **DL 02/04-1 NÖ**

Zeichnerischer Nachlass Volker Kriegel

7. **03-V-61-0056** **DL 01/04-2 NÖ**
Beschaffung und Einführung fachbezogener Standardsoftware
ANLAGE
8. **03-V-62-0018** **DL 31/03-2 NÖ**
Vorwegnahme der Entscheidung gem. § 76 BauGB - Beschluss Nr. 39 – in Mainz-Kastel
9. **03-V-66-0101** **DL 31/03-3 NÖ**
Abschluss eines Erschließungsvertrages "Spazierweg Osthafen" in Wiesbaden-Schierstein
10. **03-V-66-0105** **DL 31/03-4 NÖ**
Abschluss eines Vertrages über die Herstellung einer Uferpromenade am Hafen in Wiesbaden-Schierstein
11. **03-V-80-2387** **DL 31/03-5 NÖ**
Verkauf eines Baugrundstücks in der Anton-Hehn-Straße in Kostheim
12. **03-V-80-2390** **DL 31/03-6 NÖ**
Verzeichnis der vom 01.07.2003 bis 30.09.2003 genehmigten Grundstücksvorlagen
13. **03-V-80-2402** **DL 01/04-3 NÖ**
Genehmigung von apl.-Mitteln für das Rechnungsjahr 2003 im U. A. 1.8400. - Rhein-Main-Halle Grundsteuer und Gebühren bzw. Steuern und Abgaben
14. **03-V-82-0012** **DL 30/03-1 NÖ**
Kostensituation Sanierung Thermalbad; weiterer Sachstandsbericht
15. **04-V-20-0001** **DL 01/04-4 NÖ**

Seite 18 der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2004

Zinsrisikomanagement; Einsatz von Finanzderivaten

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Die Fortsetzung der 1. Lesung mit der Generaldebatte ist für Montag, den 1. März 2004, 18.00 Uhr, vorgesehen.

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin